

Energiewende – Chance für eine sozialere Gesellschaft

Das vorliegende Positionspapier ist ein Ergebnis der Sommerakademie der Gewerkschaftsjugend zu Industrie-, Dienstleistungs- und Energiepolitik, die 2015 stattgefunden hat. Es beschreibt die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Energiewende und stellt die Positionen und Forderungen der Gewerkschaftsjugend dar.

1. Wo wir stehen

Der Begriff der Energiewende ist derzeit aus dem tagespolitischen Vokabular nicht wegzudenken. Energiepolitik, genauer gesagt die Frage nach ihrer zukünftigen Ausrichtung, ist eines der zentralen Projekte der jetzigen Bundesregierung. Das Thema ist dabei nicht neu. Bereits am Anfang der 1990er Jahre wurden mit dem Stromeinspeisegesetz und mit dem im April 2000 in Kraft getretenen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die ersten Weichenstellungen in Richtung Energiewende gestellt.

Der Begriff der Energiewende wurde aber erst gut zehn Jahre später geprägt. 2011 beschloss die Bundesregierung nach dem Reaktorunglück in Fukushima, den Ausstieg aus der Kernenergie und beschleunigte somit den Veränderungsprozess, der seit dem als Energiewende bezeichnet wird.

Energiewende eigentlich Energieumstieg

Die Ziele sind ehrgeizig. Weitestgehende Dekarbonisierung der Energieversorgung, also der flächendeckende Umstieg auf erneuerbare Energien wie Wind, Wasser, Sonne oder Erdwärme und der Ausstieg aus der Kernenergie und die Verringerung der Treibhausgasemissionen. Das alles bei gleichzeitiger Beibehaltung des derzeitigen Wohlstandsniveaus.

Um diese Ziele zu erreichen, plant die Bundesregierung weitgehende Veränderungen.

Stichwort Energieerzeugung. Kernenergie, Stein- und Braunkohle haben im Jahr 2014 gut 60 Prozent der Energieerzeugung abgedeckt. Die erneuerbaren Energien zusammen genommen kamen lediglich auf gut ein Viertel (25,8 Prozent) der Energieversorgung¹. Um die Ziele der Energiewende zu erreichen, wird der Strommix der Zukunft mit einem sehr viel höheren Anteil an erneuerbaren Energieträgern verbunden sein. Gleichzeitig wird die herkömmliche Energieerzeugung zurückgefahren.

Stichwort Stromverwendung. Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Sie muss von den beteiligten Akteuren – Staat, Energieunternehmen und Endverbrauchern – bezahlt werden. Dabei wird es für ein Gelingen der Energiewende entscheidend darauf ankommen, die entstehenden Kosten gerecht auf alle Akteure zu verteilen.

Stichwort Effizienzgewinne. Die größten Energieverwender sind neben der Industrie (31 Prozent) die privaten Haushalte (25 Prozent) sowie der Verkehrsbereich (15 Prozent)². In diesen Bereichen sind demnach auch die größten Energieeffizienzsteigerungen möglich. Die Palette von möglichen Maßnahmen reicht dabei vom flächendeckenden Einsatz von Energiesparlampen, über energetische Gebäudesanierung bis hin zur Verringerung von CO₂-Ausstoß bei Fahrzeugen und der Förderung von Elektroautos.

2. Was heißt das für junge Beschäftigte?

Energiewende bedeutet Veränderung, und das sowohl im nationalen wie im europäischen Kontext. Klar ist dabei, dies hat auch Auswirkungen auf die Situation von jungen Beschäftigten. Diese Auswirkungen gilt es für die Gewerkschaftsjugend zu gestalten.

Junge Beschäftigte haben klare Anforderungen und Vorstellungen. Sie interessieren sich für gesellschaftspolitische Fragen wie Umweltschutz und Bildung und Forschung. Wichtig ist ihnen, neben einem sicheren Arbeitsplatz auch etwas Sinnvolles für die Gesellschaft zu tun und dabei umweltbewusst zu handeln³. Gleichzeitig hat Europa gerade bei jungen Menschen hohe Zustimmungswerte. Drei Viertel der jungen Menschen fordern eine Kampagne für mehr Solidarität in Europa⁴.

Die Gestaltung der Energiewende bietet in diesem Zusammenhang aus Sicht der Gewerkschaftsjugend sowohl Chancen wie auch Herausforderungen für junge Beschäftigte.

¹ Quelle BDEW; Stand 12/2014

² Quelle BMWi; Stand 2011

³ vergl. Shell Jugendstudie 2015

⁴ vergl. Studie »Europe can do better« vom Change Center im September 2015

Energiewende als Treiber von sozialem Fortschritt?

Die Eigentumsverhältnisse der Energieerzeugung in Deutschland verändern sich. Hatten 2011 die vier großen Energieunternehmen E.ON, EnBW, Vattenfall und RWE noch einen Marktanteil von 80 Prozent, liegen sie heute vier Jahre später bei nur noch 62 Prozent⁵. Besonders drastisch: Mit Blick auf die Verhältnisse bei den erneuerbaren Energien sind die vier Großen mit zusammen 4,9 Prozent nahezu nicht mehr existent. Dort sind vor allem Privatpersonen (34,9 Prozent), Gewerbe (14,4 Prozent) oder Landwirte (11,2 Prozent) die Hauptanteilseigner.

Die großen Konzerne geben durch die Energiewende Marktanteile ab. Gleichzeitig entstehen neue Eigentumsverhältnisse, die im Zusammenhang mit mehr Bürgerbeteiligung neue Partizipations- und Teilhabemöglichkeiten hervorrufen können. Eine Energiewende, die in Bürgerhänden liegt, bietet die Möglichkeit zu einer sozialeren Gestaltung der gesamten Energiepolitik. Eine faire, nachhaltige und preiswert angebotene Energieversorgung kann somit zukünftig sowohl zur Vermeidung von Elektrizitätsarmut beitragen, wie auch wichtige Impulse bei der Einkommensumverteilung setzen.

Energiewende als Beschäftigungsmotor für gute Arbeit?

Eine der größten Herausforderung der Energiewende stellt die Transformation der Beschäftigung in den Energiesektoren dar. Ende 2014 arbeiteten in den Braun- und Steinkohlerevieren noch gut 33.500 Beschäftigte.⁶ Dazu kommen noch mal gut 40.000 in der Atomindustrie. In diesen Bereichen haben Gewerkschaften hohe Mitgliederanteile und konnten dementsprechend gute Arbeitsbedingungen durchsetzen. Genau diese Arbeitsplätze sind es aber, die durch die Energiewende unter Transformationsdruck stehen.

Gleichzeitig entstehen durch Investitionen in neue Energieträger auch wieder neue Arbeitsplätze. Ende 2013 arbeiteten bereits 371.400⁷ Beschäftigte im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Branche schätzt, dass bis 2030 gut 500.000 Beschäftigte in diesem Bereich tätig sein werden. Dennoch sind die neuentstandenen Arbeitsplätze, verglichen mit denen in den herkömmlichen Energiesektoren, häufig Jobs zu schlechteren Arbeitsbedingungen. So bekommen Beschäftigte im Bereich der Windenergie 81 Prozent, Beschäftigte im Bereich der Photovoltaikenergie nur 61 Prozent der Entgelte des vergleichbaren Metall- und Elektrotarifvertrags von 2014⁸. Auch Überstunden sind in den neuen Bereichen eher die Regel als die Ausnahme. Und lediglich 20 Prozent der Beschäftigten können sich vorstellen, in diesen Bereichen bis zur Rente zu arbeiten.

Die Energiewende braucht Fachkräfte und Fachkräfte wollen gute Arbeitsbedingungen. Damit wird das Gelingen der Energiewende entscheidend davon abhängen, den Umbau in den fossilen Energieträgern gemeinsam mit den Beschäftigten zu organisieren und gleichzeitig gute und sichere Arbeit und Ausbildung in den neuen Energiesektoren zu verankern.

Zukunftsfähige, sichere und gute Ausbildung und Beschäftigung, zusammen mit dem Gefühl einer sinnvollen und gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit, darin steckt eine Chance der Energiewende.

⁵ vergl. Gutachten der Monopolkommission 2015

⁶ vergl. Statista 2014

⁷ vergl. Studie BMWI März 2015

⁸ vergl. IG Metall 11/2014

Energiewende als Problemlöser in Europa?

Die Umstellung auf erneuerbare Energieträger, der Ausstieg aus Atom- und Kohleenergie, sowie die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sind als Ziele der Energiewende nur ökologisch sinnvoll, wenn sie auch europäisch gedacht und koordiniert werden. Ein Ausstieg Deutschlands bei einem gleichzeitigen Anstieg in anderen Ländern gleicht einem Nullsummenspiel ohne Wirkung.

Die Fragen des Klimaschutzes etwa machen nicht an Landesgrenzen halt und können nur gemeinsam angegangen werden. Deutschland hat dabei die Chance, als Treiber einer europäischen Energiewende zu fungieren. Gleichzeitig können durch ein koordiniertes europäisches Vorgehen etwa im Bereich der Versorgungssicherheit die gesellschaftlichen Kosten der Energiewende reduziert werden.

Investitionen in moderne und nachhaltige Technologien können die wirtschaftliche Rezession in Europa abschwächen und so zu einem wirksamen Hebel für die Lösung der finanziellen Krise in der EU werden. Der Ausbau von erneuerbaren Energien schafft mehr Beschäftigung in Europa und kann damit einen Beitrag zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit leisten. Die damit einhergehende finanzielle Entlastung der Staaten, die durch die gleichzeitig stattfindende Reduzierung der Erdöl- und Erdgasimporte noch verstärkt wird, kann so zum entscheidenden Beitrag zur dauerhaften Krisenbewältigung in Europa werden. Damit kann die Energiewende zu einem sozialeren und solidarischeren Europa beitragen.

3. Forderungen der Gewerkschaftsjugend

Die Gewerkschaftsjugend steht vorbehaltlos hinter den Zielen der Energiewende. Allerdings ohne die Herausforderungen zu unterschätzen. Damit die Energiewende ein Erfolg für alle Beschäftigten wird, hat die Gewerkschaftsjugend klare Forderungen und Vorstellungen.

1) Gute Arbeit und Ausbildung verankern

Der Umbau der Energiesektoren darf nicht zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen. Entscheidend für ein Gelingen der Energiewende ist die Sicherung und Weiterentwicklung der Beschäftigung. Dabei kann die Transformation nur gemeinsam mit den betroffenen Beschäftigten geschehen.

Der (betrieblichen) Mitbestimmung kommt im Zuge der Energiewende eine herausragende Bedeutung zu. Sie muss auf die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Dies betrifft insbesondere folgende Bereiche:

- Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte auf Beschäftigte in Leiharbeit- und bei Werkvertragsbeschäftigten
- Einführung eines aktiven Wahlrechts bei JAV-Wahlen für alle Beschäftigtengruppen insbesondere für Dual- und Werksstudierende
- Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Neuordnung von Ausbildungsgängen oder Studienrichtungen.

Bei der Entstehung von neuen Arbeitsplätzen und Ausbildungsgängen ist der Grundsatz von guter Arbeit und Ausbildung nach dem Leitbild erweiterter Beruflichkeit auch auf die neuen Branchen zu übertragen. Die Energiewende darf nicht zu einem Anstieg von prekären Beschäftigungsverhältnissen führen. Sie muss vielmehr als Chance begriffen werden und dazu beitragen, den in den letzten Jahren stark gewachsenen Niedriglohnsektor zurückzudrängen. In diesem Zusammenhang fordert die Gewerkschaftsjugend:

- die wirkungsvolle gesetzliche Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen
- die Eindämmung von Leiharbeit
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- die Regulierung von Mini-Jobs
- die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12,40 Euro pro Stunde
- die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden und langfristig auf 30 Stunden pro Woche und einen gesetzlichen Urlaubsmindestanspruch von 30 Tagen pro Jahr.

Für die zukünftigen Fachkräfte der Energiewende braucht es eine betrieblichen Weiterbildungsinitiative. Hier sind die Unternehmen in der Verantwortung, zusammen mit den Gewerkschaften tragfähige Lösungen zu entwickeln und diese auch tariflich zu verankern. Der Gesetzgeber muss dies durch geeignete Maßnahmen unterstützen. Dazu ist in allen Bundesländern ein gesetzliches Mindestmaß an Weiterbildungstagen festzulegen.

2) Den handlungsfähigen Staat ermöglichen

Die Energiewende braucht den Staat. Dieser muss verlässliche Rahmenbedingungen schaffen und gleichzeitig die Risiken der Energiewende für die Gesellschaft und die Beschäftigten vermeiden. Die Energiewende darf in diesem Zusammenhang nicht den freien Marktkräften überlassen werden. Schon heute sind diese Kräfte maßgeblich für die wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung verantwortlich. Dieser Entwicklung darf nicht noch zusätzlich durch eine unverhältnismäßige Kostenverteilung der Energiewende zu Lasten von Erwerbseinkommen vergrößert werden. Eine soziale Energiewende muss daher zu einer Reduzierung der Ungleichheit der Einkommensverteilung beitragen. Um diesem Ziel Rechnung zu tragen, fordert die Gewerkschaftsjugend:

- ein Anheben des Spitzensteuersatzes
- gleichere Einkommensverteilung muss Gradmesser für den Erfolg der Energiewende sein
- mehr Bürgerbeteiligung an den politischen Zielen der Energiewende durch Konsultationen und einer Vereinfachung von Bürgerentscheiden
- die Re-Kommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge
- die Aufhebung der Schuldenbremse und des Fiskalpaktes
- die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- die Etablierung eines Leitbildes des aktivierenden und investierenden Staates.

3) Energieumstieg gestalten

Klar ist: Die Energiewende ist nicht von heute auf morgen machbar. Das Ziel der vollständigen Energieerzeugung durch erneuerbare Träger ist nicht über Nacht zu erreichen. Es kommt also darauf an, für die gesamte Dauer der Energiewende tragfähige Lösungen bereitzustellen. Diese müssen auch die Versorgungssicherheit während des Energieumstiegs und darüber hinaus gewährleisten. Dazu braucht es im Grundsatz ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Lösungen. Damit kommt der Stromerzeugung durch Kohle- und Gaskraftwerke als Übergangstechnologie während des Energieumstiegs eine Schlüsselrolle zu. Umso mehr, da der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 bereits beschlossen ist.

Die Energiewende darf nicht zur De-Industrialisierung führen. Steigende Energiepreise dürfen nicht zur Reduzierung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Dies kann besonders in energieintensiven Bereichen zu Sonderregelungen führen. Gleichzeitig müssen die Unternehmen ihrerseits in Forschung und Entwicklung investieren, um ihre Effizienz bei der Energienutzung zu verbessern.

4) Den notwendigen Umbau angehen

Die Energiewende bietet die Chance für zukunftsfähige Weichenstellungen. Sie kann zum Treiber für eine sozial-ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft werden. Durch bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und mehr Wohlstand für alle kann die Energiewende eine Vorbildfunktion für weltweites nachhaltiges Wirtschaften erfüllen. In diesem Zusammenhang fordert die Gewerkschaftsjugend:

- den Ausbau der energetischen Gebäudesanierung
- die Förderung von Elektromobilität
- den Ausbau der Schieneninfrastruktur zum Transport für Personen und Güter
- den Ausbau der Forschung von grundwasserschonenden Energiespeicheranlagen.